

Blankenburger Erklärung

Resolution zur Auftaktveranstaltung für die Kommunalwahlen am 22. April 2007 in Sachsen-Anhalt

Die Wahlen in neun neuen Kreisen und der Doppelstadt Dessau/Rosslau bilden die wichtigste Herausforderung für die Linkspartei.PDS und die WASG im Jahr ihres Zusammenschlusses zur Neuen Linken in Sachsen-Anhalt. Deshalb haben diese Wahlen nicht nur Bedeutung für die Kreise und Städte, sie strahlen auch in die Landes- und Bundespolitik aus. Den Koalitionen in Magdeburg und Berlin muss durch diese Wahlen ein Stopp-Zeichen zu ihrer Politik gegen die Kommunen als wichtigste Trägerinnen der öffentlichen Daseinsvorsorge gesetzt werden.

Im September 2006 hat die Linkspartei.PDS als erste Partei ein Rahmenwahlprogramm für die Kommunen beschlossen, das als Grundlage für die Wahlprogramme in den Kreisen und Städten dient. Landesvorstand und Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS und der Landesvorstand der WASG haben sich Anfang des Jahres darauf verständigt, landesweit folgende fünf Schwerpunkte in den Mittelpunkt der Kommunalwahlen zu stellen:

1. Für demokratische Dörfer, Städte und Landkreise gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit

Die Probleme der Kommunen sind vielfältig. Aber ohne Demokratie kann keines davon gelöst werden. Deshalb bekämpfen wir all diejenigen, die im Wahlkampf versuchen werden, mit rechtsextremen Parolen auf Stimmenfang zu gehen. Das betrifft zuallererst rechtsextreme Parteien, beinhaltet aber auch die Auseinandersetzung mit ausländerfeindlichen, rassistischen, antisemitischen und diskriminierenden Argumenten. Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar. Das bleibt Grundlage des Handelns von Linkspartei.PDS und WASG im Wahlkampf.

2. Für öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen

Der Sozialstaat findet zuerst in der Kommune oder gar nicht statt. Kreise, Städte und Dörfer brauchen sowohl Geld, Eigentum wie auch Wirtschaftskraft, um öffentliche Daseinsvorsorge leisten zu können. Alle drei Voraussetzungen sind substanziell in Gefahr. Mit der letzten Änderung der Zuschüsse des Landes an die Kommunen hat die Koalition von CDU und SPD den Kreisen und Gemeinden schamlos in die Tasche gegriffen. Höhere Einnahmen sind vollständig auf das Land gelenkt worden, die chronische Unterfinanzierung der Kommunen läuft damit im Jahr 2007 weiter und droht, nun wirklich zum Kollaps - nicht nur in den Oberzentren - zu führen. Kommunen sollen gezwungen werden, Eigentum, das für die Zukunftssicherung dringend nötig ist, zu verkaufen. Die ideologisch begründete Beschränkung der kommunalen Wirtschaft gegenüber der privaten ist nach wie vor in Kraft.

Die Koalition von CDU und SPD in Magdeburg bedroht kommunale Selbstverwaltung substanziell. Die Bundesregierung plant gleichzeitig weitere Geschenke im Rahmen der Unternehmenssteuerreform von mindestens acht Milliarden Euro.

Wer diese Entwicklung stoppen will, muss am 22. April 2007 Linkspartei.PDS wählen, weil CDU und SPD nur das Zeichen der Wahlniederlage verstehen, sonst geht diese Entwicklung ungebrochen weiter.

3. Für bürgernahe kommunale Strukturen, für das kommunale Ehrenamt und Bürgerbeteiligung

Neben der finanziellen Krise in den Dörfern, Städten und Kreisen bedrohen Kompetenzverlust der Kommunen und bürgerferne Strukturen die demokratische Willensbildung.

Die Linkspartei setzt sich für eine Funktionalreform ein, die die Kompetenzen der Gemeinden und Landkreise stärkt. Die jetzige Kreisgebietsreform verhindert wesentliche Kompetenzübertragungen aus der Landesverwaltung. Lediglich der Harzkreis hat als einziger annähernd die Konturen eines Regionalkreises. Er soll zur Modellregion für die Übernahme von Landesaufgaben entwickelt werden.

Das Trauerspiel der Koalition von CDU und SPD in Sachsen-Anhalt um die zwangsweise Einführung der Einheitsgemeinden ermöglicht uns, im Wahlkampf unsere Position zu stärken. Wir wollen das gleichberechtigte Nebeneinander von Einheitsgemeinde und qualifizierter Verwaltungsgemeinschaft, in der die Zahl der Mitglieder begrenzt ist und überörtliche Aufgaben von der Gemeinschaft wahrgenommen werden. Da, wo der Gemeinderat als letzte demokratische Institution fungiert, darf er nicht durch Zwang abgeschafft werden.

4. Für familienfreundliche Kommunen

Wenige Geburten und Abwanderung junger Familien sind längst ein bekanntes Problem. Gleichzeitig verschärfen Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und Hartz IV besonders die Situation von Familien. Jammern allein hilft nicht, wir müssen etwas dagegen tun - hier und jetzt. Wir treten für den kommunalen Familienpass ein, der in den Landkreisen organisiert werden kann und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Kindern unterstützt. Wir treten für eine Kinderbetreuung unabhängig vom Status der Eltern ein, weil Kinderbetreuung Bildung und nicht Aufbewahrung ist. Wir streiten für den Erhalt des bestehenden Schulnetzes und wollen die Kompetenzen der Kreise gegenüber der Landesregierung bei der Schulnetzplanung stärken.

5. Für Bürgerarbeit mit Mindestlohn

Seit ihrem Bestehen streitet die PDS für einen öffentlichen Beschäftigungssektor. Jahrelang wurden wir dafür von CDU und SPD beschimpft. Jetzt hat die CDU die Bürgerarbeit erfunden. Viele Menschen in Sachsen-Anhalt setzen darin ihre Hoffnung. CDU und SPD haben gelernt, aber leider nicht genug:

Bürgerarbeit ist Billiarbeit. Deswegen fordern wir: Bürgerarbeit nicht unter Mindestlohn. Von Arbeit muss man in Würde leben können, auch von Bürgerarbeit.

Bürgerarbeit statt Hartz IV, nicht in Hartz IV. Wer Bürgerarbeit leistet, muss einen vollwertigen Arbeitsvertrag haben und arbeitslosenversichert sein, ansonsten führt Bürgerarbeit nur immer wieder in die Hartz IV-Falle.

Bürgerarbeit muss längerfristig angelegt sein, um den Menschen dauerhaft zu helfen.

Bürgerarbeit muss gemeinnützig sein und darf keine Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt verdrängen.

Bürgerarbeit braucht keinen Zwang. Die Menschen wollen arbeiten.

Wir wissen auch, Bürgerarbeit nach unserem Modell löst nicht alle Probleme. Aber für viele Menschen in Hartz IV ist es eine Hoffnung, also etwas, was man ihnen sonst genommen hat.

Die Linkspartei hat in Sachsen-Anhalt eine gute kommunalpolitische Tradition. Wir haben eine gute Basis. CDU und SPD haben das Feld für uns durch eigene Fehler gut vorbereitet. Unsere Chancen, am 22. April zu gewinnen, sind so gut, wie nie zuvor. Wir kämpfen um jede einzelne Wählerstimme für Demokratie, öffentliche Daseinsvorsorge und die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts!